

Beschluss

der 25. Landesdelegiertenversammlung

„Arbeit-Bildung-Fachkräfte: 12 strategische Impulse der MIT für ein starkes NRW“

Unser Land ist mit einem massiven Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel konfrontiert. Noch nie waren so viele Menschen in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Trotzdem können viele Stellen nicht besetzt werden. Dabei müssen wir in den kommenden Jahren besondere Anstrengungen unternehmen, um unseren Wirtschaftsstandort möglichst schnell klimaneutral aufzustellen. Die Lage verschärft sich, wenn die starke Baby-Boomer-Generation in Rente geht. Wir müssen nun alle Potentiale mobilisieren: inländische Erwerbspersonen durch flexible und attraktive Arbeitsmarktbedingungen mobilisieren, sozialpolitische Fehlanreize gegen Beschäftigung vermeiden und beste Bildung bieten, damit jeder den Weg in Qualifizierung und Beschäftigung findet. Nordrhein-Westfalen war immer ein Land der Anpacker und Macher. Das war die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und des sozialen Aufstiegs. Darauf kommt es mehr denn je an!

1. Bürokratie zügeln, Kräfte freisetzen!

Überregulierung und Bürokratie rauben uns zu viele Ressourcen und binden zu viele Kräfte. Ganze Branchen wie das Gesundheitssystem leiden unter bürokratischer Mangelverwaltung, die abschreckend wirkt. Drohender Ärger mit Bürokratie ist eines der wichtigsten Motive, weshalb junge Menschen sich nicht für selbständiges Unternehmertum entscheiden. Aus Nordrhein-Westfalen heraus muss der Anspruch formuliert werden, unnötige Regulierung abzubauen, Planungs- und Genehmigungsverfahren aller Art zu beschleunigen und Staatstätigkeit zu vereinfachen. Damit setzen wir innovative Kräfte und Ressourcen frei, mit denen sich Unternehmer und Beschäftigte wieder auf die Tätigkeiten konzentrieren können, die ihnen wirklich am Herzen liegen.

2. Ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsmarkt halten!

Unser Land leistet sich trotz Fachkräftemangels eklatante Fehlanreize durch großzügige Frühverrentungsmöglichkeiten. So scheiden kompetente und erfahrene Beschäftigte zu früh aus dem Arbeitsleben aus. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Frühverrentungsmöglichkeiten wie die Rente mit 63 beendet werden. Wir müssen das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung anpassen und mehr

Flexibilität für diejenigen schaffen, die freiwillig länger arbeiten wollen. Damit leisten wir zugleich einen Beitrag zur Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

3. Mit einem flexiblen Arbeitszeitrecht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen!

Das Arbeitszeitrecht wird den Bedürfnissen heutiger Arbeitnehmer nach mehr Flexibilität nicht gerecht. Eine pauschale Verkürzung der Wochenarbeitszeit verschärft nur die Probleme. Wir treten deshalb ein für eine Umstellung von einer Tageshöchstleistungszeit auf eine Wochenhöchstleistungszeit, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gegenseitigen Einverständnis flexibler die Anforderungen von Arbeitswelt und Sorgearbeit miteinander vereinbaren können. Wir setzen uns für eine weniger bürokratische Arbeitszeiterfassung und für die Möglichkeit ein, Vertrauensarbeitszeiten miteinander zu vereinbaren. Dazu gehören auch längerfristige Arbeitszeitkonten, die das Ansparen von Überstunden erlauben. Wer freiwillig mehr arbeitet – sei es mit Überstunden oder nach dem eigentlichen Renteneintritt – muss dafür steuerlich belohnt werden.

4. Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Betreuung und Pflege ausbauen!

Viele Arbeitnehmer könnten mehr arbeiten, wenn bessere und flexiblere Angebote zur Kinderbetreuung und zur Angehörigenpflege verfügbar wären, wir setzen uns deshalb für verlässliche und gut erreichbare Angebote ein, auch für Tagesrandzeiten oder am Wochenende. Eine besondere Herausforderung haben junge Frauen, die Unternehmensgründung und Familiengründung unter einen Hut bringen müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass für sie bei Ausfallphasen durch Schwangerschaft und Elternzeit Darlehensangebote oder andere Lösungen entwickelt werden, die in dieser besonderen Situation wirksam unterstützen.

5. Arbeitsmarktpolitik effizienter gestalten!

Viele Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sind kostspielig und wenig effektiv. Wir setzen uns dafür ein, dass „Drehtüreffekte“ in Fördermaßnahmen vermieden werden. Der Fokus muss stärker auf eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration und Qualifikationsaufbau gerichtet werden, z.B. durch bedarfsgerechte Maßnahmen über ASAFlex, mit denen Auszubildende mit Lernschwierigkeiten gezielt unterstützt werden, oder durch unbürokratische Unterstützung von Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte (auch unterhalb von 120 Stunden Umfang). Arbeitsmarktfremde Personen müssen durch konsequentes Fördern und Fordern starke Impulse haben, sich zu qualifizieren und eine Beschäftigung aufzunehmen. Dazu gehört auch, dass zwischen dem Mindestlohn und der Summe von sozialen Transferleistungen ein spürbarer Abstand besteht. Arbeit muss sich lohnen – für jeden!

6. Einwanderung auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes ausrichten!

Zuwanderung vollzieht sich in unserem Lande zu unregelmäßig. Kulturelle und ökonomische Integrationsprobleme sind die Folge. Wir setzen uns - unabhängig vom Asylrecht, das wir im europäischen Verbund gewährleisten wollen – für eine ökonomisch rationale Steuerung der Zuwanderung und des Aufenthaltsrechts ein. Das kann gelingen durch gezielte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, durch die Vermittlung von Sprachkenntnissen und Berufsqualifikationen schon vor der Einwanderung, durch eine schnelle und unkomplizierte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufskompetenzen und Berufsqualifikationen sowie durch

optimierte Visa-Verfahren. Diesen Ansprüchen wird das Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel-Koalition nicht gerecht.

7. Priorität für vorsorgende Bildungspolitik als Maxime der Finanzpolitik!

Im Bundesländervergleich investiert Nordrhein-Westfalen zu wenig in vorsorgende Bildungspolitik, insbesondere für die Grundschulen und die Berufskollegs, und muss deshalb zu viel Geld in nachsorgende, aber nicht besonders effiziente Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stecken. Die jährlichen Zahlen des „Bildungsmonitors“ des Instituts der deutschen Wirtschaft belegen das immer wieder. Wir fordern eine langfristige Strategie des Landes, um die Haushaltsprioritäten signifikant auf eine vorsorgende Bildungspolitik auszurichten.

8. Professionelles Management an jede Schule bringen!

Es wird zu oft und mit zu geringem Erfolg versucht, mit Hilfe von EU-Mitteln Defizite des Schulsystems durch befristete Projekte und ergänzende Maßnahmen für sozialpädagogische Betreuung und Coaching zu kompensieren. Wir fordern eine dauerhafte Stärkung der Schulen durch multiprofessionelle Teams, in denen sozialpädagogische Arbeit, die Organisation von Praxiskontakten in die Arbeitswelt oder grundlegende Managementaufgaben nachhaltig erledigt werden kann. Jede Schule braucht einen Geschäftsführer, der sich um operative Aufgaben des Tagesgeschäfts kümmern kann, damit sich das pädagogische Personal auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann.

9. Ökonomische Bildung stärken!

Neben Grundkompetenzen und digitaler Bildung ist die ökonomische Bildung der Schlüssel für eine Bildungspolitik, die junge Menschen auf das Arbeitsleben in der Sozialen Marktwirtschaft vorbereitet. Wir fordern daher die Stärkung und Profilierung des Schulfachs Wirtschaft/Politik mit einer fachlich fundierten Lehrerbildung. Es kann zum Ankerfach für Berufsorientierung und Berufsvorbereitung werden. Im Fach selbst und in begleitenden Angeboten wie Schülerfirmen muss Unternehmertum als Option attraktiv vermittelt werden.

10. Die Berufskollegs als Partner der dualen Ausbildung stärken!

Die Berufskollegs sind unfreiwillig zum Reparaturbetrieb des Schulsystems geworden – mit einem großen Übergangssystem, das im Bundesländervergleich eine zu geringe Erfolgsquote aufweist. Wir fordern eine Überprüfung der Finanzierungsanreize für die Berufskollegs, damit diese sich strategisch besser auf ihre Rollen als Partner der dualen Ausbildung und auf effiziente Angebote der Ausbildungsvorbereitung und im Übergangssystem fokussieren können. Zugleich sollte auch geprüft werden, ob vollzeitschulische Angebote mit berufsbezogenem Profil nicht auch stärker in den Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen eingerichtet werden können.

11. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung konkret machen!

Es bestehen nach wie vor erhebliche Defizite bei der gesellschaftlichen Anerkennung der beruflichen Bildung, bei der Durchlässigkeit von akademischer und beruflicher Bildung und bei der Verzahnung beider Ansätze in konkreten Bildungsangeboten in Hochschulen und bei Trägern der Berufsbildung. Deshalb muss Nordrhein-Westfalen einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der die Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung nicht nur symbolisch benennt, sondern

auch konkrete Regelungen beispielsweise im Landesbesoldungsrecht oder im Landeshochschulrecht beseitigt. Rechtliche Hürden bei der Etablierung dualer Studiengänge (z.B. HEAT an der HS Düsseldorf) wollen wir abbauen. Die Vernetzung von Hochschulen, Berufskollegs und Kammern muss gestärkt werden, um übergreifende Beratungsangebote zu Qualifizierung und Karriere zu ermöglichen. Wir fordern die Gleichbehandlung von Auszubildenden und Studierenden.

12. Bessere Finanzierungsanreize für Hochschulen setzen!

Zu viele junge Menschen beginnen ein Studium und schließen es nicht erfolgreich ab. Die Finanzierung der Hochschulen muss strategisch so umgestellt werden, dass diese bessere Anreize erhalten, um Studienanfänger sorgfältiger auszuwählen, die Qualität der akademischen Bildung zu stärken und Studierende zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Die Finanzierung sollte bei der Vermittlungsquote in der Studienausgangsphase ansetzen, also die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Absolventen belohnen, damit mehr in die Qualität des Lehr- und Betreuungsangebots investiert wird.